

Geschäftszahlen:  
BMJ: 2023-0.775.063  
BMI: 2023-0.802.439

**89/4.1**  
Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### Tagung des Rates für Justiz und Inneres am 19./20. Oktober 2023 in Luxemburg

Am 19. und 20. Oktober 2023 fand in Luxemburg der Rat für Justiz und Inneres der Europäischen Union statt. Für Österreich nahmen die Bundesministerin für Justiz, Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M., und der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, teil.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

#### Tagung des Rates „Inneres“

- Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet

Die Ministerinnen und Minister zogen Bilanz über bisher erzielte Fortschritte bei den Verhandlungen zum Entwurf einer Verordnung zur Verhinderung und Bekämpfung von online Material über sexuellen Missbrauch von Kindern. Die Arbeiten auf Expertenebene werden im Anschluss an den Rat fortgesetzt, damit ehest möglich ein (partielles) Verhandlungsmandat erteilt werden kann.

Österreich dankte für die Arbeiten des Vorsitzes, das wichtige Thema voranzutreiben. Der Schutz von Kindern sei eine der wichtigsten Aufgaben und die Provider müssten stärker in die Pflicht genommen werden. Österreich werde sich dafür einsetzen, dass eine grundrechtskonforme Ausgestaltung des Rechtsaktes erzielt werde.

- Schengen-Rat

Im Rahmen des Schengen-Rates und im Format des Gemischten Ausschusses schlug die spanische Präsidentschaft eine Debatte über die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, insbesondere der Schlepperei von Migranten, vor. Der Schengen-Rat billigte die vier zentralen Aktionsbündel zur umfassenden Bekämpfung der Schlepperei von Migranten und vereinbarte, die Zusammenarbeit zur Überwachung ihrer Umsetzung fortzusetzen.

Zuvor hatte die Europäische Kommission das Schengen-Barometer+ vorgestellt, das von allen Delegationen begrüßt wurde.

Der Vorsitz forderte eu-LISA und die Europäische Kommission ferner auf, den neuen Zeitplan für die Einführung und Interoperabilität von EU-Informationssystemen vorzustellen, die von den Mitgliedstaaten zur Verbrechensbekämpfung, Grenzkontrolle und Steuerung der Migrationsströme genutzt werden.

Nach dem neuesten Zeitplan für die Bereitstellung der neuen IT-Architektur wird das Einreise-/Ausreiseprogramm in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 einsatzbereit sein, ETIAS in der ersten Hälfte des Jahres 2025 und ECRIS-TCN Mitte 2025. Die gesamte Interoperabilitätsarchitektur soll bis Ende 2026 fertiggestellt werden.

Die Ministerinnen und Minister haben den überarbeiteten Zeitplan gebilligt.

Österreich (HBM Gerhard Karner) dankte für die Zurverfügungstellung des Schengen-Barometers und des Diskussionspapiers. Österreich bedauere, dass der Schengen-Raum aktuell nicht funktioniere. Noch nie hätten so viele Länder Binnengrenzkontrollen eingeführt, was aber aus Sicherheitsgründen notwendig sei (Schlepper, Terrorismus). 70% der Aufgriffe von illegalen Migranten im Land werden erstmals in Österreich registriert, obwohl Österreich kein Außengrenzstaat sei. Man müsse wissen, wer sich in Europa aufhalte. Es sei positiv zu bewerten, wenn mehr Rückführungen stattfinden. Der Fokus solle auf dem EU-Außengrenzschutz liegen. Länder an den Außengrenzen (insbesondere Bulgarien und Rumänien) müssen besser durch finanzielle, technische und rechtliche Möglichkeiten unterstützt werden.

- Asyl und Migration: Migrations- und Asylpaket und externe Dimension der Migration

Die spanische Präsidentschaft informierte die Ministerinnen und Minister über die laufenden Verhandlungen zu den verschiedenen Legislativvorschlägen zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems und wird die Delegationen auf technischer Ebene über den Stand der interinstitutionellen Treffen mit dem Europäischen Parlament auf dem Laufenden halten.

Aufbauend auf der Debatte, die auf der September-Tagung des Rates (Justiz und Inneres) geführt wurde, schlug der Vorsitz außerdem eine Folgediskussion über das Konzept der EU für die externe Dimension der Migration vor. Die Ministerinnen und Minister bekräftigten ihre Unterstützung für die Verstärkung eines präventiven und proaktiven Ansatzes und für

die Arbeit an für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaften mit Drittländern, einschließlich der Notwendigkeit einer angemessenen und soliden Finanzierung.

Österreich (HBM Gerhard Karner) erinnerte an 2.500 durch Schlepperei verstorbene Menschen im Jahr 2023, zuletzt mit 7 Toten durch das von Schleppern verursachte Unglück in Bayern. Die Zusammenarbeit mit Herkunft- und Drittländern müsse forciert und die EU-Türkei Erklärung vorangetrieben werden. Österreich berichtete vom Arbeitsbesuch in der Türkei in der Vorwoche. Das EU-Tunesien MoU müsse mit Leben erfüllt und die rechtlichen Rahmenbedingungen für das „dänische Modell“ im Bereich der Zusammenarbeit mit Drittstaaten vorangetrieben werden.

- EU-Zivilschutzmechanismus

Der Vorsitz unterrichtete die Ministerinnen und Minister kurz über den Stand der Arbeiten an einer begrenzten Überarbeitung des Katastrophenschutzverfahrens der Union. Nach einer vorläufigen Einigung mit dem Europäischen Parlament wird der Vorschlag im November im Rat formell angenommen werden.

- Verhinderung der Online-Radikalisierung von Minderjährigen

Die Ministerinnen und Minister hatten auch die Gelegenheit, sich über mögliche nächste Schritte zur Verhinderung der Online-Radikalisierung von Minderjährigen auszutauschen.

- Auswirkungen der Lage im Nahen Osten auf die innere Sicherheit der EU

Während des Mittagessens erörterten die Ministerinnen und Minister unter Beteiligung der assoziierten Schengen-Länder, Europols und des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung die Auswirkungen der Lage im Nahen Osten auf die innere Sicherheit der EU und die auf nationaler Ebene getroffenen verstärkten Sicherheitsmaßnahmen.

### **Tagung des Rates „Justiz“**

- Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache zur Frage der Regelung von Voraussetzungen und Rechtsfolgen von Anfechtungsklagen. Alle Mitgliedstaaten sprachen sich dazu für mehr Flexibilität und eine bloße Mindestharmonisierung aus. Auch Österreich forderte in

mehreren Bereichen größere Flexibilität. Die im Bereich der Anfechtungsklagen eingeräumte Möglichkeit, zum Schutz der Gläubiger strengere Regelungen für die Voraussetzungen von Anfechtungen vorzusehen, sollte auf den gesamten Titel der Anfechtungsklagen und damit auch auf die Rechtsfolgen derartiger Klagen ausgedehnt werden. Der Vorsitz resümierte, dass auf Basis dieser Ergebnisse die Arbeiten auf Fachebene fortgesetzt werden.

- Sonstiges
  - Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

Der Vorsitz informierte anhand eines Überblicksdokuments kurz über den Stand der Verhandlungen über die aktuellen Legislativvorschläge im Justizbereich. Dabei hob er für den Zivilrechtsbereich die Richtlinienvorschläge zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („SLAPP“) und zur Produkthaftung hervor. Für den Bereich des Strafrechts wies er insbesondere auf die fortgeschrittenen Verhandlungen zu vier Richtlinienvorschlägen (Umweltstrafrecht, Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten, Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen, Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen) hin.

- Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Bekämpfung der Straflosigkeit

Der Vorsitz erstattete einen Sachstandsbericht über die Entwicklungen in den letzten Monaten, hob insbesondere die Einrichtung des ICPA (International Centre for the Prosecution of the Crime of Aggression against Ukraine) sowie der CICED (Core International Crimes Evidence Database) hervor und rief – soweit möglich – zur Beteiligung an der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe auf.

- Justizielle Zusammenarbeit mit Lateinamerika zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität:
  - a) Gipfeltreffen EU-CELAC (Brüssel, 17./18. Juli 2023):
  - b) Europäisches/Lateinamerikanisches Hilfsprogramm gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (künftiges Projekt „EL PACCTO 2.0“)

Der Vorsitz erstattete einen Sachstandsbericht und wies darauf hin, dass die Bekämpfung der Drogenkriminalität eine Priorität sowohl für den spanischen als auch den belgischen EU-Ratsvorsitz sei. Einige Mitgliedstaaten bekräftigten die Bedeutung der Kooperation mit

Lateinamerika im Kampf gegen die Drogenkriminalität, anderen unterstrichen die Bedeutung der Kooperation mit Drittstaaten im Allgemeinen. Die Kommission unterstrich die Bedeutung der Bewerbung von Europaratsabkommen auch im Bereich Lateinamerika und Karibik und betonte den Erfolg des EL PAcCTO-Programms.

- Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz und Qualität der Justizsysteme

Der Vorsitz stellte das Thema (vorbildhafte nationale Praktiken und Möglichkeiten der EU zur Unterstützung) kurz vor und verwies auf die Diskussionen beim Mittagessen.

- Schlussfolgerungen zur Stärkung der digitalen Kompetenz und zu den Grundrechten

Die Schlussfolgerungen wurden mit Erklärungen von Bulgarien, Polen und Ungarn letztlich einstimmig angenommen. Dem scheidenden Direktor der Europäischen Agentur für Grundrechte, Michael O'Flaherty, wurde von mehreren Mitgliedstaaten (so auch Österreich) ausdrücklicher Dank für seine wichtige Tätigkeit in den vergangenen Jahren ausgesprochen.

- Sonstiges

a) Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul

Der Vorsitz und die Europäische Kommission informierten den Rat über den erfolgten Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul.

b) Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Abkommen über elektronische Beweismittel

Der Vorsitz und die Europäische Kommission informierten über den Stand der Verhandlungen.

c) Ministerforum "Justiz und Inneres" EU-Westbalkan (Skopje, 26./27. Oktober 2023)

Der Vorsitz verwies darauf, dass das Ministerforum im Vorfeld des EU-Westbalkan-Gipfels im Dezember stattfinden werde. Der zweite Tag sei der Justiz gewidmet. Themen seien insbesondere die Kooperation mit der Ukraine, die Ermittlung von Straftaten in der Ukraine und die Wahrung von Opferrechten.

- d) Mitteilung über den EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität

Die Europäische Kommission präsentierte den EU-Fahrplan und hob hervor, dass dieser auf der bestehenden Kooperation von sechs Mitgliedstaaten in diesem Bereich aufbaue. Das Thema werde laut Vorsitz vom künftigen belgischen Ratsvorsitz aufgegriffen werden.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Februar 2024

Mag. Gerhard Karner  
Bundesminister

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.  
Bundesministerin